

REGIONALER PLANUNGSVERBAND WESTMITTELFRANKEN

N i e d e r s c h r i f t

über die

102. öffentliche Sitzung des Planungsausschusses
am 18. Februar 2013 im Landratsamt Ansbach

Beginn: 14.10 Uhr

Ende: 15.10 Uhr

Anlagen: 1 Anwesenheitsliste
1 Schreiben von TenneT und Karten

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung und Begrüßung

Landrat Dr. Ludwig eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Danach stellt er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und gibt die Entschuldigungen bekannt.

Tagesordnungspunkt 2

Bekanntgaben

Der Vorsitzende informiert, dass dem Wunsch von Bgm. a.D. Mößner aus der letzten Sitzung entsprochen wurde. Herr Mößner wollte wissen, ob dem Regionalen Planungsverband Netzausbaupläne von TenneT vorliegen und inwieweit auf diese möglicherweise vorhandenen Ausbaupläne Stellung bzw. Einfluss genommen werden kann, um geplante Windparks mit einzubinden. Auf Anfrage der Geschäftsstelle hat TenneT mit Schreiben vom 15.10.2012 geantwortet und die Pläne übersandt. Im Bereich der Region Westmittelfranken sind folgende Planungskorridore vorgesehen: Wilster – Goldshöfe, Kaltenkirchen – Raitersaich, Lauchstädt – Meitingen

TenneT hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Netzentwicklungsplan 2012 keine konkreten Trassenverläufe beschreibt, sondern den notwendigen Übertragungsbedarf zwischen den Netzknoten, das sind die Anfangs- und Endpunkte der künftigen Leitungen, dokumentiert.

Die Regionsbeauftragte, Frau Dr. Schödl, wird diese Belange in ihre Überlegungen zur Fortschreibung des Regionalplans einbeziehen.

Das vorliegende Schreiben mit Kartenausschnitten von TenneT wird dem Protokoll beigelegt.

Weiterhin erinnert **der Vorsitzende** an die in der Sitzung am 11.09.2012 beschlossene Stellungnahme zum LEP, die mit Schreiben vom 13.09.2012 an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie übersandt wurde.

Mit Schreiben vom 30.11.2012 hat das StMWIVT ein erneutes Anhörungsverfahren eingeleitet. Dabei konnten nur zu den vom Ministerrat beschlossenen Änderungen Einwendungen erhoben werden. Die Stellungnahme musste bis zum 14.01.2013 beim StMWIVT eingehen.

Mit Schreiben vom 19.12.2012 wurden noch einmal die wesentlichsten nicht berücksichtigten Änderungswünsche, nämlich gemeinsames Mittelzentrum, Abgrenzung der Räume mit besonderem Handlungsbedarf, Schieneninfrastruktur und Gesundheit dargelegt. Dieses Schreiben wurde an Herrn Staatsminister Zeil, Frau Staatssekretärin Hessel, die Fraktionsvorsitzenden im Bayer. Landtag Schmid, Rinderspacher, Hacker, Aiwanger und Bause sowie die Landtagsabgeordneten in der Region Westmittelfranken übersandt.

Aus den Antworten der Fraktionen CSU, SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN ergibt sich, dass der Wirtschaftsausschuss am 28.02.2013 mit den Beratungen beginnt und wahrscheinlich am 07.03.2013 eine Anhörung mit Betroffenen und Fachleuten stattfinden wird.

Zum Thema Förderung regionaler Energiekonzepte als freiwillige Aufgabe der Regionalen Planungsverbände berichtet **der Vorsitzende** folgendes:

Mit Schreiben vom 25.10.2012 hat das StMWIVT die Vorsitzenden der Regionalen Planungsverbände in Bayern auf die Möglichkeit hingewiesen, regionale Energiekonzepte als freiwillige Aufgabe zu erstellen. Die Projektkosten könnten vom Ministerium über einen Zeitraum von drei Jahren zu je 75 % gefördert werden mit einer maximalen Summe von 300 000,00 EUR pro Region.

Bereits am 24.09.2012 hat Frau Staatssekretärin Hessel bei einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Regionalen Planungsverbände in Aschheim, Landkreis München, hierüber informiert.

Mit Schreiben vom 17.12.2012 wurde gegenüber dem Ministerium erklärt, dass der Planungsausschuss erst in der heutigen Sitzung informiert werden kann.

Für die Erstellung eines regionalen Energiekonzeptes ist die Finanzierung eine Hauptschwierigkeit. Nach Auffassung der Geschäftsstelle können die Kosten der Eigenbeteiligung nicht ohne Umlage aufgebracht werden.

Außerdem können nach Aussage des Ministeriums die regionalen Energiekonzepte nicht verbindlich sein, weil es hierfür keine rechtliche Grundlage gibt.

Die meisten Regionalen Planungsverbände in Bayern haben die Erstellung eines regionalen Energiekonzeptes kritisch gesehen oder abgelehnt.

Auch die Geschäftsstelle sieht keinen Bedarf für ein solches Energiekonzept.

Der Vorsitzende teilt weiter mit, dass das Thema Windkraft und Militär dem Regionalen Planungsverband große Sorgen bereitet. Es betrifft die bereits verbindlich erklärten Gebiete WK 25 im Bereich der Stadt Ansbach und WK 26 der Stadt Ansbach und des Marktes Lichtenau. Im Anhörungsverfahren hat die Wehrbereichsverwaltung keine expliziten Einwendungen erhoben. Jetzt jedoch legt sie Widerspruch ein und lehnt die Gebiete teilweise ab. Daraufhin wurde mit Schreiben vom 20.12.2012 an die Wehrbereichsverwaltung Süd geschrieben und die Problematik geschildert mit der Bitte um Klärung für die Regionalplanung. Das Antwortschreiben vom 17.01.2013 ist nicht sehr befriedigend, da das Gebiet WK 25 im Nachgang abgelehnt wird. Das Thema wird von hier aus weiter verfolgt werden.

Ltd. RD Dr. Fugmann informiert, dass der Höheren Landesplanung und der Regionsbeauftragten vom Luftwaffenamt seit Oktober 2012 konkretere Planunterlagen zur internen Behandlung vorlagen. Am 07.02.2013 fand aber eine Veranstaltung in München unter Teilnahme des Staatssekretärs des Verteidigungsministeriums und des Umweltministers statt. Es wurden Karten des Militärs vorgestellt, die jetzt im Rahmen der Windkraftplanung Berücksichtigung finden sollen. Diese Karten werden in den bayerischen Energieatlas eingespeist, so dass jeder diese Karten auch einsehen kann.

RB Dr. Schödl verweist auf das angesprochene Schreiben des Vorsitzenden. Das Gebiet WK 25 müsste damit im Regionalplan komplett gestrichen werden, das Gebiet WK 26 der Stadt Ansbach kann beibehalten werden, muss aber auf Grund der militärischen Belange zum Vorbehaltsgebiet abgestuft werden. Sie schlägt vor, diese beiden Gebiete mit in das Anhörungsverfahren der 18. Änderung aufzunehmen.

Weiter gibt **der Vorsitzende** bekannt, dass seit der mit Schreiben zur Sitzung am 11.09.2012 versandten Aufstellung zu 115 Bebauungsplänen, Flächennutzungsplänen und sonstigen Verfahren Stellungnahmen abgegeben wurden.

Tagesordnungspunkt 3

Niederschrift über die 101. Sitzung des Planungsausschusses am 11. September 2012

Gegen die Niederschrift werden keine Bedenken geltend gemacht. Die Niederschrift wird ins Internet gestellt.

Tagesordnungspunkt 4

Änderung des Regionalplans Westmittelfranken

Teilkapitel B V (neu) 3.1.1 Windkraft

- Beschlussfassung über das Vorbehaltsgebiet WK 39

- Einleitung eines Anhörungsverfahrens für die 18. Änderung des Regionalplans

Der Vorsitzende erläutert, dass das Vorbehaltsgebiet WK 39 im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur 15./ 16. Änderung in zwei Beteiligungsrounden diskutiert worden ist. Die Beschlussfassung war zurückgestellt worden. Nunmehr kann über das WK 39 beschlossen werden. Die Beschlussfassung ist als Nachtrag zur 15./16. Änderung zu werten. Nach positiver Beschlussfassung handelt es sich um ein in Aufstellung befindliches Ziel.

RB Dr. Schödl schlägt vor, das Vorbehaltsgebiet WK 39 heute abschließend zu beschließen. Es würde dann in die nächste Verbindlicherklärung mit aufgenommen.

Stv. LR Westphal weist darauf hin, dass das Gebiet auf Antrag von Herrn LR Wägemann zurückgestellt wurde. In der Zwischenzeit hat sich die Situation geändert. Es gab in Burgsalach einen Bürgerentscheid mit 74 % Wahlbeteiligung. 66 % der Bürger sprachen sich für die Ausweisung der Windkraftfläche aus, so dass von diesem Zurückstellungsantrag Abstand genommen wird.

Der Vorsitzende trägt daraufhin folgenden **Beschlussvorschlag** vor:

Der Planungsausschuss beschließt das Vorbehaltsgebiet WK 39 gemäß Beschlussempfehlung 1-11 der Sitzung vom 26.04.2012 abschließend. WK 39 ist Bestandteil der 17. Änderung, die noch nicht für verbindlich erklärt wurde.

Abstimmung: 24 : 0

RB Dr. Schödl stellt in gewohnter Weise (Erläuterung der Ausschluss- und Abwägungskriterien) anhand einer Präsentation die Flächenneuvorschläge vor, die mit den entsprechenden Gemeinden abgestimmt sind. Es handelt sich um die geplanten Vorranggebiete WK 42 a (Markt Emskirchen) und WK 50 (Markt Markt Bibart/Markt Oberscheinfeld) sowie die geplanten Vorbehaltsgebiete WK 20 (Stadt Uffenheim), WK 46 (Gemeinde Dachsbach) und WK 49 (Gemeinde Hemmersheim). Danach stellt sie noch weitere Flächenmeldungen vor, die von den entsprechenden Gemeinden erst kurzfristig vor der Sitzung eingegangen sind und nicht mehr mit der Einladung zu dieser Sitzung versandt werden konnten. Es handelt sich um das geplante Vorranggebiet WK 51 (Große Kreisstadt Dinkelsbühl), das geplante Vorranggebiet WK 52 und das geplante Vorbehaltsgebiet WK 53 (Gemeinde Wilburgstetten) sowie das geplante Vorranggebiet WK 54 (Gemeinde Wilburgstetten). Eine weitere Teilfläche, die in das geplante WK 54 ursprünglich mitintegriert werden sollte und auf dem Gebiet der Großen Kreisstadt Dinkelsbühl liegt, kann auf Grund von Ausschlusskriterien (Vorranggebiet Wasserversorgung) nicht berücksichtigt werden. Für die neu gemeldeten Flächen WK 51 bis WK 54 muss noch ein Umweltbericht erstellt werden,

erst dann könnten diese potenziellen Gebiete in ein Anhörungsverfahren eingebunden werden. Es kann tatsächlich noch passieren, dass entgegenstehende Belange auftauchen und diese Gebiete nicht in die 18. Änderung aufgenommen werden können. Die beste Möglichkeit wäre jetzt, für alle genannten Flächen ein Anhörungsverfahren (18. Änderung) einzuleiten vorbehaltlich des noch zu erstellenden Umweltberichtes.

Bgm. Kisch unterstützt die Regionsbeauftragte und ist für ihren Vorschlag. Zu den angesprochenen Gebieten der Gemeinde Wilburgstetten haben Abstimmungsgespräche mit den Nachbargemeinden, die teilweise auch in Schwaben liegen, stattgefunden. Von da gibt es keine Einwände gegen eine mögliche Ausweisung dieser Gebiete und er bittet den Planungsausschuss, für die Einleitung des Anhörungsverfahrens zu stimmen. Bei der Bürgerwindanlage sind die Planungen schon fortgeschritten. Er sieht die Regionalplanung als ein Konzept aus einer Hand.

OB Dr. Hammer ist für die Flächenaufnahme von WK 51. Die Situation bei den geplanten Gebieten überschneidend mit Wilburgstetten, WK 54, ist wie folgt: Die Regionsbeauftragte hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der Teilbereich in Dinkelsbühl von einem Vorranggebiet Wasser überlagert ist. Es liegt jedoch eine fachliche Einschätzung vor, dass dieses Vorranggebiet einer Windkraftnutzung nicht mehr entgegensteht. Im Bereich des Vorranggebietes Wasserversorgung kann künftig keine Wassergewinnung mehr erfolgen. Auf Grund von Änderungen im Bayerischen Wassergesetz sei es nicht mehr möglich, in diesem Bereich Brunnen zu bohren. Das Vorranggebiet ist damit hinfällig. Dies sollte nach Möglichkeit in einer Regionalplanfortschreibung zum Thema Wasser geändert werden. Zugleich kann dieser Belang der Windkraftplanung nicht mehr entgegenstehen und das Gebiet WK 54 sollte auch auf das Gebiet der Großen Kreisstadt Dinkelsbühl ausgedehnt werden. Es liegt dem Regionalen Planungsverband eine entsprechende Stellungnahme der Großen Kreisstadt Dinkelsbühl vor.

Bgm. Czech kritisiert, dass sich eine Konzentrationsfläche an die andere reiht, wo sich doch die Regionalplanung die Aufgabe gesetzt hat, eine Ordnungsplanung zu realisieren. Außerdem würden die einzelnen Ortsteile mit Vorrang- und Vorbehaltsgebieten eingekreist. Es wird genau das gemacht, was verhindert werden soll.

Der Vorsitzende entgegnet, dass hier eine ordentliche Planung durchgeführt wird und dass die Entwicklung sicher nicht dazu führt, dass die Regionalplanung ihre Zielsetzung verfehlt. Bei der Regionalplanung geht es auch darum, Belange miteinander abzustimmen, die im Raum stehen und dieser Aufgabe kommt der Regionale Planungsverband nach. Ein Einkreisen, so wie Bgm. Czech es vorträgt, sieht er nicht.

OB Dr. Hammer merkt an, dass ein Einkreisen auf Grund fehlender Flächen im Osten von Schopfloch nicht möglich sei. Zur Entstehung der jetzt vorliegenden Gebietsplanung merkt er an, dass diese Gebiete vielleicht zusammen hätten entwickelt werden können. Der regionalplanerische Konzentrationsgedanke zeigt sich in den Gebieten zwischen Dinkelsbühl und Dürrwangen mit der Ergänzung des Bestandes WK 28 durch WK 51. Zur Thematik der

Vorranggebiete Wasserschutz merkt er an, dass die Thematik der Trinkwasserversorgung nicht egal ist und einfach abgewogen werden kann. Es ist so, dass damals die Vorranggebiete Trinkwasserschutz festgesetzt worden sind in der Annahme, dass weitere Brunnenbohrungen erfolgen würden, um die Trinkwasserversorgung in Dinkelsbühl und Wilburgstetten aufrechtzuerhalten. Das ist nach Änderung des Bayer. Wassergesetzes nicht mehr möglich. Zudem hätten dann großräumige neue Wasserschutzgebiete in diesem Bereich ausgewiesen werden müssen.

Bgm. Winter entgegnet, dass hier im Ausschuss schon sehr deutlich und intensiv abgewogen wird. Es werden Abstandsflächen zu Ortschaften diskutiert, bei der Ausweisung neuer Gebiete vorhandene Vorrang- und Vorbehaltsgebiete berücksichtigt, wie jetzt im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen fließen Bürgerbefragungen mit ein, usw. Auch eine Bündelung kann problematisch sein, wenn dadurch Nachbarkommunen zu stark belastet werden. Nicht alles spricht für die Bündelung. Eigentlich müssten die Netze, zukünftige Speichermöglichkeiten etc. viel stärker berücksichtigt werden.

Bgm. Emmert will wissen, ob es sinnvoll ist, das geplante Gebiet vom Naturpark Frankenhöhe jetzt schon mit aufzunehmen, da am 25.02.2013 über das Zonierungskonzept entschieden wird.

RB Dr. Schödl denkt, dass es noch zu früh ist, da am 25.02.2013 eine erste, noch interne Vorstellung der Ergebnisse erfolgt.

Der Vorsitzende trägt folgenden **Beschlussvorschlag** vor:

Der Planungsausschuss beschließt die Einleitung eines Anhörungsverfahrens für die 18. Änderung des Regionalplans.

Abstimmung: 23 : 0 (ohne Bgm. Maul)

Tagesordnungspunkt 5

13. Änderung des Regionalplans Westmittelfranken Kapitel B II 1.1.1 (neu) Gewinnung und Sicherung von Bodenschätzen - Einleitung eines ergänzenden Beteiligungsverfahrens

RB Dr. Schödl erläutert die zurückgestellten Beschlussempfehlungen BE 216-220, 222, 230-234 und stellt diese überarbeiteten Flächen anhand einer Präsentation vor und hofft, Kompromisse gefunden zu haben.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgten, trägt **der Vorsitzende** folgenden **Beschlussvorschlag** vor:

Der Planungsausschuss beschließt über die in der Sitzung vom 11.09.2012 zurückgestellten Beschlussempfehlungen BE 216-220, 222, 230-234 in der überarbeiteten Version.

Der Planungsausschuss beschließt abschließend die Einleitung eines ergänzenden Beteiligungsverfahrens.

Abstimmung: 22 : 0 (ohne Bgm. Maul und Bgm. Deffner)

Tagesordnungspunkt 6

Beratung über den Entwurf der Haushaltssatzung 2013

Der Vorsitzende verweist auf die übersandten Unterlagen und trägt folgenden **Beschlussvorschlag** vor:

Der Planungsausschuss nimmt die Haushaltssatzung für das Jahr 2012 zur Kenntnis, genehmigt und erlässt die Haushaltssatzung 2013 in der vorgelegten Fassung.

Abstimmung: 22 : 0 (ohne Bgm. Maul und Bgm. Deffner)

Tagesordnungspunkt 7

Sonstiges

Nachdem keine weiteren Wünsche und Anträge vorgetragen werden, schließt **der Vorsitzende** um 15.10 Uhr die Sitzung.

Ansbach, 25.02.2013



Dr. Jürgen Ludwig
Vorsitzender des Planungsverbandes

Protokoll:



Schmeißer



L a m m e l
Regierungsdirektor

102. öffentliche Sitzung des Planungsausschusses
am 18. Februar 2013 im Landratsamt Ansbach

Anwesenheitsliste

Vorsitzender Dr. Jürgen Ludwig

Bgm. Czech	Bgm. Schöck
Bgm. Federschmidt	Landrat Schneider
OB Dr. Hammer	Bgm. Seidel
OB Hartl	Bgm. Walter
Kreisrat Hofmann	Bgm. Winter
Bgm. Hörner	Stadtrat Zehnder
Bgm. Klein	Bgm. Kisch i.V.
Bgm. Maul (bis 15.00 Uhr)	Bgm. Kestler i.V.
Bgm. Mohr	Kreisrat Bauer i.V.
Bgm. a.D. Mößner	Bgm. Deffner i.V. (bis 15.00 Uhr)
Bgm. Roch	stv. Landrat Westphal i.V.
	Bgm. Emmert i.V.

Gäste

Regionsbeauftragte Dr. Schödl, Regierung von Mittelfranken
Ltd. RD Dr. Fugmann, Regierung von Mittelfranken
Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Gemeinden
Mitarbeiter aus verschiedenen Gemeinden
Herr Dürr, FLZ
Herr Treffer, WIB

entschuldigt fehlten

Landrat Wägemann
OB Seidel
Bgm. Babel
Bgm. Hümmer
Bgmin. Wöhl
Kreisrat Herold
Kreisrat Kupfer